

## Protokolleintrag vom 20.11.2002

Von Markus Zimmermann (SP) ist am 20.11.2002 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus mit Mitteln der städtischen Wohnbauaktion und des kantonalen Wohnbauförderungs-Rahmenkredits im praktischen Vollzug optimiert und – gemeinsam mit der übergeordneten Fachstelle Wohnbauförderung des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) – administrativ vereinfacht sowie durch die Einflussnahme über die städtischen Delegierten in den Genossenschaftsvorständen die Bereitschaft, solche Verbilligungsan-gebote der Stadt zu nutzen, gestärkt werden kann.

Begründung:

Das Wohnangebot der gemeinnützigen Bauträger zeichnet sich durch einen grossen Anteil kleinflächiger Wohnungen in 50 bis 70 Jahre alten Gebäuden aus. Die meisten Genossenschaften wollen diese strukturellen Probleme ihres Wohnangebotes in der nächsten Zeit durch Aufwertungen und Erneuerungen verringern. Eine deutliche Mietzinssteigerung ist dabei leider oft unvermeidbar. Damit diese Massnahmen trotzdem sozialverträglich realisiert werden können, muss deshalb für geringe Einkommensverhältnisse ein Teil der Wohnungen subventioniert werden.

Die Regelung für diese Subventionen sollte für die Genossenschaften möglichst einfach sein. Zudem macht es grossen Sinn, wenn die städtischen Delegierten in den Vorständen der Genossenschaften für dieses sozialpolitisch wichtige Finanzierungsinstrument werben und dazu beitragen, dass allenfalls vorhandene Vorurteile gegenüber Subventionen abgebaut werden können.